

Mut zu Deutschland.

Für ein Europa der Vielfalt

Programm der Alternative für Deutschland (AfD)
für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014

(Beschluss des Bundesparteitags vom 22. März 2014)

I. Präambel

II. Die EU wird durch den Einheits-Euro gefährdet

- II.1 Euro-Währungsunion und Staatsschuldenkrise
 - II.1.1 Der Einheits-Euro hat zu einem Desaster geführt
 - II.1.2 Für eine flexiblere Währungsordnung
 - II.1.3 Stabilitätsunion statt Schuldensozialisierung
- II.2 Bankenkrise und Bankenregulierung
 - II.2.1 Keine Sozialisierung von Bankschulden
 - II.2.2 Härtere Eigenkapital- und Haftungsregeln für die Banken

III. Für mehr Demokratie und gegen EU-Zentralismus

- III.1 Rückkehr zur Subsidiarität
- III.2 Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung
- III.3 Weniger Bürokratie, geringere Kosten für die Mitgliedsstaaten
- III.4 Erst Konsolidierung, dann Erweiterung
- III.5 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

IV. Für eine wettbewerbsfähige und soziale EU

- IV.1 Für eine wirksamere Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik
- IV.2 Kein Freihandelsabkommen zu Lasten Europas
- IV.3 Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen vor Ort stattfinden
- IV.4 Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik
- IV.5 Bildungspolitik für eine europäische Generation
- IV.6 Forschung und Entwicklung finden in den Mitgliedsstaaten statt
- IV.7 Keine Gleichstellungspolitik nach EU-Vorgaben
- IV.8 Dezentrale Gesundheitspolitik
- IV.9 Energieversorgung und Umweltschutz
- IV.10 Regionale Landwirtschaft im europäischen Markt
- IV.11 Infrastrukturpolitik der Vernetzung
- IV.12 Datenschutz in der globalen Digitalgesellschaft

V. Mut zu Deutschland!

I. Präambel

Die Alternative für Deutschland (AfD) will eine Europäische Union (EU) souveräner Staaten. Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt die AfD ab, da es keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk gibt.

Die Europäische Union ist der Freiheit, dem Frieden, dem Wohlstand und der sozialen Sicherung verpflichtet. Sie hat zum deutschen und europäischen Wiederaufstieg, zum Wirtschaftsaufschwung, zur Völkerverständigung und zur deutschen Wiedervereinigung beigetragen.

Die Alternative für Deutschland (AfD) bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.

Die europäische Einigung konnte Frieden und wachsenden Wohlstand ermöglichen, weil ihre Mitgliedsstaaten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft verwirklicht haben. Diesen Erfolgen stehen Auswüchse der EU in Form von Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus entgegen, die den historischen Erfolg Europas in immer stärkerem Maße bedrohen. Zudem werden die Erfolge der europäischen Einigung immer stärker durch den Euro gefährdet. Die Einheitswährung sät Zwietracht in der Eurozone, weil Südeuropa verarmt und die Gelder anderer Länder im Norden beansprucht.

Mit der „Eurorettung“ wächst - ohne demokratische Kontrolle - die Machtfülle europäischer Institutionen: Der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission, des Europäischen Stabilisierungsmechanismus und der Bankenunion. So entsteht ohne Zustimmung der Bürger ein bürgerferner Kunststaat, der auf Vertrags- und Rechtsbrüche zurückgeht. Zusammen mit gewaltigen ökonomischen und sozialen Verwerfungen in den Südländern, der schleichenden Enteignung von Sparern und der ungerechten Belastung von Steuerzahlern der ökonomisch stabileren Staaten führt dies zu einer steigenden Ablehnung der EU durch ihre Bürger. In einzelnen Staaten wird sogar offen der Austritt aus *dieser* EU gefordert.

Um Europa wieder eine gedeihliche Zukunft zu geben, tritt die AfD für eine Europäische Union ein, die auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt. Die AfD besteht auf der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie lehnt jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab – egal ob in Form von Eurobonds oder gemeinschaftlich finanzierten Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion.

Ein starkes und solidarisches Europa braucht ein leistungsfähiges und selbstbewusstes Deutschland. Denn nur so können wir uns der schleichenden Kompetenzerweiterung von EU-Institutionen entschieden widersetzen. Nur so kann gesichert werden, dass das Budgetrecht der nationalen Parlamente nicht angetastet wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik in der Gestaltungshoheit der Mitgliedsstaaten verbleibt.

Die Alternative für Deutschland bejaht und verteidigt den Binnenmarkt als die größte Errungenschaft der Europäischen Union. Sie befürwortet die vier Grundfreiheiten der EU: freier Verkehr von

Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Zudem kann es jenseits der gemeinsamen Klammer des Binnenmarktes Kooperationen geben, an denen jeweils nur ein Teil der europäischen Staaten teilnimmt.

Ein "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" haben wir bereits heute, da der Euro oder die Schengen-Vereinbarungen nicht von allen Staaten akzeptiert werden. Verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten sind dabei die natürliche Folge einer EU der souveränen Nationalstaaten. Dies muss so sein, weil das Ausmaß der Zusammenarbeit in jedem einzelnen Staat von dessen Bürgern bestimmt wird und nicht zentral von „Brüssel“.

Die souveräne Entscheidung der Bürger muss stärkerer Integration in bestimmten Bereichen nicht entgegenstehen. Integrationschritte sind richtig, wenn sie dem Bürgerinteresse dienen und auf nationaler Ebene keine befriedigenden Regelungen gefunden werden können. Beispiele sind grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte oder eine Stärkung der Kartellaufsicht zur Sicherung fairen Wettbewerbs innerhalb des gemeinsamen Marktes.

Andererseits schwächen zentralistische Maßnahmen wie die angebliche Euro-Rettung die Selbstständigkeit der europäischen Staaten. Sie stehen deshalb im Widerspruch zu einem demokratischen, freiwilligen Zusammenwachsen der Völker Europas. Zudem nehmen sie ihnen Wohlstand und Zukunftsperspektiven.

Die AfD will keine EU der geretteten Banken, der Hoffnungslosigkeit arbeitsloser Jugendlicher und der Minimalrenten für die Alten! Vielmehr soll der Mensch Mittelpunkt einer EU der starken Nationen sein, in der alle Menschen ihren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg nach ihren Neigungen und Begabungen gestalten können und sich in selbstbestimmter sozialer Verantwortung ihren bedürftigen Mitmenschen zuwenden.

Europa muss aus seinen Völkern heraus wachsen statt von oben herab erzwungen zu werden. Die AfD steht für eine EU der inneren Stabilität, des wirtschaftlichen Erfolges und der sozialen Sicherung; eine EU, in der jeder Mensch eine angemessen entlohnte Arbeit findet, die Perspektiven für junge Familien lohnend und die Renten nach einem langen Berufsleben auskömmlich sind. Sie will eine EU der Demokratie, der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Rechts und der Solidarität mit den wirklich Bedürftigen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

II. Die EU wird durch den Einheits-Euro gefährdet

Die großartige Idee eines friedlichen, demokratischen Europas zerbröseln unter dem Druck der Sanierungsprogramme, die den Krisenstaaten aufgezwungen werden. Demokratisch nicht angemessen legitimierte Gremien wie die Europäische Zentralbank (EZB), die EU-Kommission oder der Internationale Währungsfond (IWF) erlassen gesetzesgleiche Regelungen und errichten mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Bankenunion Institutionen, die ohne jede parlamentarische Kontrolle in das Leben der einfachen Menschen in Griechenland, Portugal oder Zypern eingreifen. Nie war die EU innerlich so zerrissen wie heute. Dazu kommt, dass sich die Bundesregierung als Vertreter des potenziell größten Gläubigers dazu aufgerufen fühlt, sich ständig in die inneren Angelegenheiten der Länder im Süden Europas einzumischen. Zu dieser bedrückenden Situation muss es eine Alternative geben.

II.1 Euro-Währungsunion und Staatsschuldenkrise

Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft. Längst hat sich herausgestellt, dass der Einheits-Euro Europas Grundlagen zerstört. Er bewirkt Streit und das Wiederaufleben nationaler Vorurteile. Der Wohlstand und der Friede unter den Mitgliedsstaaten in der Eurozone sind gefährdet. Durch ihn sind grundlegende Prinzipien wie Subsidiarität, Haftungsausschluss für andere Eurostaaten, Wettbewerb zwischen den Nationen, Unabhängigkeit der EZB und die Rechtsstaatlichkeit verletzt worden. Der blinde Glaube an den Euro und seine angebliche Alternativlosigkeit machen es unmöglich, die Ursachen der Krise zu korrigieren. Die sogenannte Eurorettungspolitik entwickelt sich deshalb zu einem Fass ohne Boden.

II.1.1 Der Einheits-Euro hat zu einem Desaster geführt

Der Euro lässt nur eine einheitliche Geldpolitik für alle Mitgliedsländer zu. Weder die Zinsen noch der Wechselkurs können den Bedürfnissen der einzelnen Volkswirtschaften angepasst werden. Die Einheitswährung hat dazu geführt, dass der Euro für den Süden Europas sowie für Frankreich überbewertet ist.

Der Euro fördert die Importe in diese Länder und behindert deren Exporte. Die Folge sind krisenhafte Leistungsbilanzdefizite, Wachstumseinbrüche und dramatische Zuwächse der Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei den Jugendlichen. Schon deshalb ist eine alternative Währungspolitik geradezu ein Gebot der Solidarität mit dem Süden Europas.

Für Deutschland ist der Euro dagegen unterbewertet. Deutsche Exporte werden künstlich verbilligt, Importe zulasten der Konsumenten und der heimischen Produzenten verteuert.

Die finanziellen Folgen im Süden der Eurozone müssen nun deutsche Steuerzahler tragen. Über tilgungsfreie Zentralbankkredite (Target 2-Salden) wird unser Exportüberschuss bei einem Zusammenbruch der Eurozone ohne reale Gegenleistung an Länder mit „Target 2 Schulden“ verschenkt.

Da sich die Geldpolitik für alle Mitgliedsstaaten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im EZB-Rat an den Notwendigkeiten in den Krisenstaaten orientiert, werden die deutschen Sparer bei Niedrigstzinsen systematisch enteignet. Die Eurorettungspolitik untergräbt das Prinzip der Subsidiarität durch die zunehmende Zentralisierung ökonomischer Entscheidungskompetenzen. Wurde mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch der produktive Wettbewerb zwischen den Ländern propagiert, führt die Einheitswährung jetzt zwangsläufig zu einer schädlichen Gleichmacherei („Harmonisierung“) und damit zu einer langfristigen Schwächung der gesamten Eurozone.

Da die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich bisher ungenügende Resultate erzielt haben, wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen. So fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten sowie die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone. Dies ist ein ökonomisch falscher Weg, der zu Stagnation und Arbeitslosigkeit in der ganzen Eurozone führen wird. Handelsbilanzüberschüsse zwischen Mitgliedsstaaten der Eurozone sind das Ergebnis freien

Wettbewerbs. Die AfD lehnt jegliche Sanktionierung solcher Überschüsse ab.

II.1.2 Für eine flexiblere Währungsordnung

Schon die bisherigen Krisen haben gezeigt, dass ein abruptes und chaotisches Ende des Euro nicht ausgeschlossen werden kann - ausgelöst durch Erschütterungen auf den Finanzmärkten oder durch eine politische Krise in einem Mitgliedsland. Auch deshalb plädiert die AfD für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro. Bisher wurden die unterschiedlichen ökonomischen Kulturen in den Mitgliedsländern den Bedürfnissen einer Einheitswährung untergeordnet. Die AfD plädiert dagegen für den umgekehrten Weg, für eine Währungsordnung, in der sich die Währungen den unterschiedlichen Ökonomien anpassen können.

Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuscheiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen.

Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden. Dabei kann man sich an dem vor 1998 bestehenden Europäischen Währungssystem (EWS) orientieren. Damals gab es feste, in Ausnahmefällen aber anpassungsfähige Wechselkurse, mit denen Währungsstabilität und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Länder gesichert wurde.

Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben. Auch dann würde die AfD eine Währungszusammenarbeit wie im früheren EWS anstreben.

Analog zum Vorgehen bei der Einführung des Euro können beim Austritt übergangsweise Parallelwährungen getrennt für den baren und den unbaren Zahlungsverkehr eingeführt werden.

II.1.3 Stabilitätsunion statt Schuldensozialisierung

Die AfD fordert die Rückkehr zu einer Stabilitätsunion, in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist.

Sie fordert die Rückkehr zur Unabhängigkeit der EZB, zu stabilen Währungen und zur Haushaltsdisziplin. Sie lehnt eine Haftung für die Schulden anderer Staaten über den ESM genauso nachdrücklich ab wie gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) oder die vertragswidrige Finanzierung von Staatsschulden durch die EZB. Auch eine Haftung für die Schulden fremder Banken über die europäische Bankenunion kommt für die AfD nicht in Frage. Die Geldpolitik muss wieder allein der Preisstabilität dienen und darf nicht länger zur Staatsfinanzierung missbraucht werden.

Die AfD fordert:

- Ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM ist aufzulösen und die Ausnahmeregelung im Lissabon-Vertrag (Art. 136 Abs. 3 AEUV¹) ist aufzuheben.
- Nachdem das Bundesverfassungsgericht die EZB-Ankündigung eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen (OMT-Programm) als europarechtswidrig eingeschätzt hat und der EZB vom Bundesverfassungsgericht damit bescheinigt wurde, gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu verstoßen, ist das Programm sofort zu beenden. Der EZB ist der Kauf von Staatsanleihen generell zu untersagen.
- Das Stimmgewicht in der EZB muss dem Kapitalschlüssel (Deutschland: 27 %) entsprechen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75% getroffen werden können.
- Der Missbrauch des Euro-Zahlungsverkehrssystems "Target 2" als billiger Kreditsatz für Krisenländer ist zu beenden. Das bereits entstandene, milliardenschwere Ausfallrisiko zu Lasten der Geber-Länder ist schrittweise zurückzuführen. Der Ausgleich neu entstehender Target-Salden ist ab sofort jährlich vorzunehmen.
- Im Falle einer Beendigung oder Verkleinerung der Währungsunion muss gesichert sein, dass die Goldbestände der Bundesbank nicht als Pfand zurückgehalten werden können. Sie sind deshalb zügig nach Frankfurt zurückzuführen.
- Um Währungsverbände kalkulierbarer zu machen, fordert die AfD, dass sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone - unter Einbeziehung der Erfahrungen des Pariser Clubs - auf ein verbindliches staatliches Insolvenzverfahren einigen.
- Bevor die Steuerzahler anderer Länder in Anspruch genommen werden, sollten die finanziellen Folgen der Misswirtschaft zunächst durch eine Solidaritätsabgabe der Vermögenden im eigenen Land reduziert werden.

II.2 Bankenkrise und Bankenregulierung

II.2.1 Keine Sozialisierung von Bankschulden

Grundsätzlich sollte jedes Land für die Stabilität und die Werthaltigkeit seines Bankensystems selbst verantwortlich sein. Deshalb lehnt die AfD eine europäische Bankenunion ab und fordert stattdessen die Re-Nationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors. Mit der geplanten europäischen Einlagensicherung würden im Krisenfall nicht nur die deutschen Einlagen im ESM, sondern auch noch die Schulden ausländischer Banken unseren Sparern und Steuerzahlern aufgebürdet.

Eine gemeinschaftliche Haftung verbietet sich schon deshalb, weil die Banken in den einzelnen Mitgliedsländern gravierend voneinander abweichende Risikostrukturen aufweisen. Deutsche Finanzinstitute mit vergleichsweise soliden Finanzen würden so zur Sanierung maroder Banken in

¹ AEUV Art. 136 (3) „Die Mitgliedsstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

Krisenländern herangezogen. Hier handelt es sich um Größenordnungen, die die Staatsschulden der Krisenländer weit übersteigen und die am Ende vor allem deutsche Sparer treffen würden. Eine europäische Bankenunion gefährdet besonders die soliden Sicherheitssysteme deutscher Sparkassen und Volksbanken.

Auch die Bankenaufsicht sollte in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegen. Nur so ist eine sachgerechte und den einzelnen Volkswirtschaften am besten entsprechende Kontrolle möglich. Die damit betraute EZB ist, ihrer Bestimmung gemäß, ausschließlich der Geldwertstabilität verpflichtet und darf nicht weiter in Interessenskonflikte verwickelt werden.

Banken sollten nicht länger auf Grund ihrer Größe ihre angebliche Systemrelevanz zur Erpressung von Regierungen und Steuerzahlern verwenden können. Deshalb fordert die AfD die Aufspaltung der Großbanken in kleinere Einheiten nach schwedischem Vorbild.

Die AfD setzt sich für ein bilanzielles Trennbankensystem ein. Banken müssen getrennte Bilanzen für ihr Einlagengeschäft und ihr Investmentgeschäft ausweisen und für beide Sparten getrennte Regulierungsanforderungen erfüllen. Die Aktiva der Investmentsparte haften für die Passiva der Einlagensparte, falls erforderlich. Die Aktiva der Einlagensparte haften nicht für die Passiva der Investmentsparte, es sei denn die Eigenkapitalquote des Einlagengeschäfts ist übererfüllt.

II.2.2 Härtere Eigenkapital- und Haftungsregeln für die Banken

Banken, die ihr Eigenkapital riskiert und verloren haben, müssen abgewickelt werden. Deshalb ist sicherzustellen, dass ihr Zusammenbruch das Finanzsystem nicht gefährden kann. Die AfD plädiert für eine entsprechend scharfe Bankenaufsicht und -regulierung.

Die AfD fordert:

- Banken, die ihre Marktmacht missbrauchen (wie z. B. bei den jüngsten LIBOR-Manipulationen), müssen scharf bestraft werden. Ihnen ist entweder die Banklizenz zu entziehen oder sie sind in kleinere Institute aufzuspalten.
- Banken, Hedgefonds und „Schattenbanken“ haben künftig eine verpflichtende Eigenkapitalquote von mindestens 25% sicherzustellen. Dies stärkt die Verantwortlichkeit der Eigentümer und setzt entsprechende Anreize für das Management. Bei steigender Risikoklasse ist die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Risikomanagement-Modelle und neue Finanzprodukte sind den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vorzulegen. Verstöße des Bankmanagements gegen diese Regeln müssen zivil- und strafrechtliche Konsequenzen haben.
- Banken müssen auch für Staatsanleihen entsprechend dem realen Risiko Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten. Es ist untragbar, dass Griechenland-Anleihen mit einem geringeren Risiko bewertet werden als Kredite für den deutschen Mittelstand.
- Bonuszahlungen für Banker sind auf ein Sperrkonto einzuzahlen, das erst nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren freigegeben wird. Falls Entscheidungen des Managements sich als verlustträchtig erweisen, können die Bonuszahlungen zurückgerufen werden. Bankvorstände, die Verantwortung

für persönliches Fehlverhalten oder für den Zusammenbruch einer Bank tragen, ist keine Abfindung zu gewähren.

- Systemrelevante Banken müssen im Fall einer drohenden Insolvenz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital rekapitalisiert werden. Die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände sind davon unter allen Umständen auszunehmen. Dagegen sind Fremdkapitalgeber, die für das eingegangene Kreditrisiko höhere Zinsen erhalten haben, nicht zu schützen.

III. Für mehr Demokratie und gegen EU-Zentralismus

Die EU steht im Spannungsfeld zwischen Souveränitätsanspruch der Mitgliedsstaaten und dem Drang der EU nach Harmonisierung, Reglementierung und Zentralisierung. So sind einerseits die meisten Mitgliedsstaaten nicht bereit, immer mehr Rechte an die EU abzugeben, andererseits fehlt es an demokratischer Legitimation, Transparenz und Kontrolle der europäischen Institutionen. Der europäischen Politik und ihren Institutionen fehlt es an echter Oppositionspolitik, echten Wahl- und Abwahlmöglichkeiten und der Bereitschaft, echte Alternativen zu entwickeln. Stattdessen verfängt sich Brüssel immer stärker im Sumpf einer selbstgeschaffenen, hochkomplexen Bürokratie.

Besonders die Bürger in den hoch verschuldeten Ländern der Eurozone leiden unter einem der Eurorettung geschuldeten Demokratiedefizit und der damit einhergehenden Fremdbestimmung. Eine demokratisch nicht legitimierte „Troika“ - bestehend aus Vertretern der EU, der EZB und dem IWF - zwingt die von den jeweiligen Völkern gewählten Parlamente zu Haushaltskürzungen und Strukturreformen. Dies sorgt nicht nur für Widerstand gegen und Empörung über die EU, es höhlt die wichtigste Errungenschaft Europas der Nachkriegszeit aus: Die feste Verwurzelung der Demokratien auf dem Kontinent. So fördert die Rettungspolitik das Scheitern Europas.

III.1 Rückkehr zur Subsidiarität

Die EU hat sich im Laufe der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt und die sachgerechter von den einzelnen Staaten entschieden werden könnten. Deshalb fordert die AfD eine Abkehr von dieser Politik des Zentralismus hin zu einer Aufgabenerledigung möglichst nah am Bürger. Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder zur Geltung kommen. Der entsprechende Abschnitt im Lissabon-Vertrag über die „Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ muss endlich Anwendung finden und darf nicht weiter im Zuge von Rettungsmaßnahmen für den Euro verletzt werden.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen. Zudem muss die deutsche Sprache als Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU in allen europäischen Institutionen als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache praktiziert werden.

Darüber hinaus fordert die AfD ein wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe. Durch das Veto eines nationalen Parlaments würde die beabsichtigte Maßnahme in dem betreffenden Land nicht umgesetzt werden dürfen. Die Unterstützung von Vorhaben, die ethisch oder moralisch kontroverse Inhalte haben (z.B. Förderung von Abtreibung zur Bevölkerungskontrolle, Legalisierung von Sterbehilfe, Forschung an embryonalen Stammzellen), gehören nicht in den Verantwortungsbereich der EU.

Da die Mitgliedsstaaten unterschiedliche Wertevorstellungen haben, verlangt das Subsidiaritätsprinzip, dass Entscheidungen in diesen Fragen allein durch die nationalen Parlamente getroffen werden.

Um das Gleichgewicht zwischen den ausufernden Bestrebungen zu Zentralismus einerseits und der dringend notwendigen Rückbesinnung zur Subsidiarität andererseits wiederherzustellen, fordert die AfD die Errichtung eines Subsidiaritäts-Gerichtshofes. Vor diesem sollen Bürger und Institutionen gegen mögliche Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips klagen können. Die Richter dieses Subsidiaritäts-Gerichtshofes sollen ausschließlich aus Richtern der oberen Gerichte der Mitgliedsstaaten bestehen und von deren nationalen Parlamenten ausgewählt werden. Der Subsidiaritäts-Gerichtshof ist ein Gegengewicht des zu Integration und Zentralismus neigenden Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und muss von ihm unabhängig sein.

Der EuGH selbst hat sich in zahlreichen Entscheidungen weniger für die Verankerung von Verantwortung nah an den Bürgerinnen und Bürgern als für die „Verwirklichung einer immer engeren Union“ ausgesprochen. Dadurch wirkt der EuGH an der Aushöhlung der Kompetenzen der Mitgliedsstaaten zugunsten der EU Kommission aktiv mit. Diese Rechtsgrundlage des EuGH muss grundlegend verändert werden.

Darüber hinaus fordert die AfD, dass die Auswahl für die Besetzung der obersten Richter, sei es beim Bundesverfassungsgericht, sei es beim EuGH, auf Basis wissenschaftlicher Leistung und nicht nach politischen Kriterien zu erfolgen hat.

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips lehnt die AfD die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft ab. Diese würde zu einer weiteren Aushöhlung des Rechtsstandards in Deutschland führen.

Die AfD setzt sich für eine Stärkung des Europäischen Rechnungshofs ein. Sie fordert, die bei der Kontrolle der Haushaltsführung der EU festgestellten Mängel sofort abzustellen und gleichzeitig die nötigen Konsequenzen für die verantwortlichen Personen zu ziehen.

III.2 Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung

Die AfD setzt sich für mehr direkte Demokratie und eine stärkere Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen ein. Hätte man die Einführung des Euro damals auch den deutschen Wählern zur Entscheidung vorgelegt, stünde Europa heute besser da. Die Entfernung der Entscheidungsträger in Brüssel von Problemen und Aufgaben in den Ländern, Regionen und Kommunen hat häufig zu weltfremden Entscheidungen geführt.

Hinzu kommt, dass der im Gefolge von Eurorettungsmaßnahmen erfolgte massive und wiederholte Bruch von Verträgen und geltendem Recht das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Europäischen Union und in die Politik im Allgemeinen beeinträchtigt und teilweise zerstört hat.

Die AfD fordert die Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit. Staatliche Organe dürfen sich selbst in Einzelfällen, und sei es für den Erhalt einer Einheitswährung, nicht über Gesetze und Verträge hinwegsetzen. Das Handeln jeder deutschen Regierung findet seine Beschränkungen im Völkerrecht, im Grundgesetz und in den Europäischen Verträgen.

Parallel zur Forderung nach mehr Subsidiarität und nach Rückverlagerung von Verantwortlichkeiten von „Brüssel“ an die Mitgliedsstaaten, setzt sich die AfD für eine Stärkung der demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen ein. Die AfD steht sowohl für ein schlankeres als auch für ein demokratischeres Europa.

Die AfD fordert ein Vetorecht der Nettozahler, um weitere Entscheidungen gegen den Willen belasteter Staaten auszuschließen.

Die EU soll dem Bürger dienen, nicht umgekehrt. Deshalb setzt sich die AfD in Anlehnung an die „Europäische Bürgerinitiative“ für ein Bürger-Veto ein. Mit dem Bürger-Veto soll - ähnlich wie in der Schweiz - innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. sechs Monate) mit einem definierten Quorum eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat blockiert werden können.

Mit den von der AfD auch für Deutschland geforderten Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild soll den Bürgern über das „Bürger-Veto“ und die „Europäische Bürgerinitiative“ hinaus künftig die Möglichkeit geben werden, aktiv und selbstbestimmt über die wichtigen Entscheidungen der EU, z. B. über die Zukunft des Euro, zu entscheiden.

III.3 Weniger Bürokratie in der EU, geringere Kosten für die Mitgliedsstaaten

Überall in Europa bringen Beschäftigte, Rentner, Sparer, Beamte und Arbeitslose Opfer zur Gesundung der durch verantwortungslose Politiker schwer beschädigten Staatsfinanzen. Die Belastungen beschränken sich keineswegs auf die durch die Auflagen der Troika betroffenen Länder im Süden der Eurozone. Gleichzeitig aber gehen diese Einschnitte an vielen Institutionen der EU spurlos vorbei. Vielmehr wird an alten, unberechtigten Privilegien festgehalten und vielerorts werden neue, teure und unnötige Strukturen aufgebaut (z.B. ESM, Bankenunion, EFSF usw.). Die AfD setzt sich deshalb für eine massive Reduzierung der Aufgaben und Ausgaben der EU ein.

Die AfD fordert:

- Die Beendigung des kostspieligen, zeitaufwändigen doppelten Parlamentssitzes in Brüssel und in Straßburg.
- Die Anzahl der EU-Kommissare auf die Bereiche der Kernkompetenzen zu reduzieren. Die Praxis, für jedes Land der EU ein Kommissariat einzurichten, ist zu beenden.
- Die Halbierung der Anzahl der EU-Beamten von derzeit 50.000 innerhalb von sieben Jahren. Parallel ist eine drastische Effizienzsteigerung der Verwaltung voranzutreiben.
- Die Reduzierung der steuerlichen Vergünstigungen für EU-Beamte, EP-Abgeordnete, Richter und andere EU-Amtsträger. Mitarbeiter der EU sind, unabhängig von ihrem Status, zu besteuern wie jeder andere Bürger auch.

- Eine deutliche Senkung der Ausgaben des EU-Haushalts. Das System der bedarfsunabhängigen Budgetsteigerung der EU lehnt die AfD ab.
- Maßnahmen zur Eindämmung des überbordenden Lobbyismus in der EU, der allzu oft zu unnötigen Gesetzen und zu neuen Ausgaben und Subventionen führt.
- Verzicht auf die überflüssigen Zeitzumstellungen und Beibehaltung der Normalzeit (Winterzeit).

III.4 Erst Konsolidierung, dann Erweiterung

Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnt die AfD die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden.

Nichteuropäische Länder können im Rahmen von Assoziierungsabkommen an der europäischen Nachbarschaftspolitik partizipieren.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Aufnahme weiterer Länder Europas in die EU erst nach Erfüllung aller Aufnahmekriterien sowie nach einer Konsolidierung der EU in ihrer heutigen Gestalt in Erwägung gezogen werden kann. Voraussetzung ist jeweils eine Volksabstimmung in Deutschland.

Unterhalb der Vollmitgliedschaft befürwortet die AfD ein flexibles Netzwerk der verschiedenen Geschwindigkeiten, an dem jeder europäische Staat gemäß seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten teilnehmen kann.

III.5 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die AfD bejaht die gemeinsame Verfolgung europäischer Interessen und damit eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Bereichen, in denen die EU gemeinsame Interessen ihrer Mitgliedsstaaten vertritt. In Politikbereichen, für die nach EU-Recht die Mitgliedsstaaten zuständig sind, muss sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den nationalen Interessen orientieren.

Das gemeinsame außenpolitische Interesse der EU ergibt sich aus der Schnittmenge der unterschiedlichen nationalen Interessen. Dabei kommt für Deutschland neben dem guten Verhältnis zu Frankreich, den anderen Nachbarn und den USA, auch dem Verhältnis zu Russland eine besondere Bedeutung zu. Die Einbindung in den Westen darf Deutschland nicht daran hindern, dem Nachbarn im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und daran mitzuwirken, Probleme zwischen Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Einvernehmen mit diesen zu lösen. Das gilt auch für eventuelle Beitritts- oder Assoziierungsgespräche.

Die Nato ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur, deren entscheidender Anker das Bündnis mit den USA ist. Für einen europäischen Verteidigungsminister oder gar eine europäische Armee bleibt daneben kein Raum. Doch bei aller Bündnistreue müssen Grenz- und Regelüberschreitungen der USA - wie im Falle der NSA-Datensammlung - ggf. diplomatisch und rechtlich entschieden entgegen getreten werden.

Eine Mitwirkung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen, die einzelne EU-Länder ohne vorherige Abstimmung begonnen haben, befürwortet die AfD nicht, es sei denn, es besteht daran ein begründetes nationales deutsches Interesse.

Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab und verwahrt sich gegen alle Versuche, diese Kräfte zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen in einzelnen Mitgliedsländern einzusetzen. Die AfD wird aber dafür eintreten, dass sich die für die strategische Planung zuständigen GASP-Gremien (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) verstärkt mit Bedrohungsszenarien befassen, die durch neue Formen des internationalen Terrorismus entstanden sind.

IV. Für eine wettbewerbsfähige und soziale EU

Die AfD setzt sich für eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Sie orientiert sich an den Leitlinien von Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“. Sie tritt für fairen Wettbewerb innerhalb Deutschlands und zwischen den Teilnehmern des Europäischen Binnenmarkts ein. Die AfD steht für eine gerechte und faire Sozialpolitik. Sie fordert insbesondere nachhaltige Sozialversicherungssysteme, die solide und Generationen übergreifend finanziert sind.

IV.1 Für eine wirksamere Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik

Für die AfD bedarf jegliche Intervention des Staates in die Märkte einer transparenten, ökonomischen oder gesellschaftspolitischen Begründung. Grundsätzlich sollen solche Interventionen zeitlich begrenzt sein.

Nach Auffassung der AfD ist Wirtschaftspolitik eine Aufgabe der einzelnen Mitgliedsstaaten. Sie muss jedoch mit den Grundsätzen des europäischen Binnenmarktes kompatibel sein und den Wettbewerb stärken, um die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich leistungsfähiger zu machen.

In diesem Sinne ist die AfD dafür, auch bisher geschützte Wirtschaftsbereiche dem Wettbewerb zu öffnen. In monopolistischen Sektoren (z.B. in infrastrukturbasierten Branchen wie der Kommunikation, der Versorgung oder des Verkehrs) sollte das Monopol auf den unverzichtbaren Dienstleistungskern reduziert werden, während wettbewerbsgeeignete Bereiche liberalisiert werden sollen.

Auch in den Dienstleistungsbereichen ist die AfD für den Abbau von institutionellen Zugangsbarrieren, vorausgesetzt, dass dieser mit einem wohlverstandenen Verbraucherschutz, insbesondere der Qualitätssicherung und der Informationsfreiheit, vereinbar ist. Entsprechende Entscheidungen sollen grundsätzlich im Ermessen der Mitgliedsstaaten verbleiben bzw. zurückverlagert werden.

Ungerechtfertigte Wettbewerbseinschränkungen auf dem Europäischen Binnenmarkt müssen durch die europäische Wettbewerbsaufsicht aufgehoben werden. Eine inakzeptable Marktzutrittsbarriere stellt z. B. die Zwangsmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und ähnlichen Standesvereinigungen dar. Dem steht nicht entgegen, dass diese Verbände auf freiwilliger

Basis wichtige Aufgaben wahrnehmen können und sollen. Dies funktioniert schon heute z.B. beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Bisher wahrgenommene hoheitliche Aufgaben, wie z. B. in der dualen Berufsausbildung, können weiterhin von den Kammern im Staatsauftrag ausgeführt werden. Alle anderen von den Kammern wahrgenommenen Aufgaben müssen sich dem Wettbewerb stellen.

Die AfD setzt sich entschieden für den Erhalt der traditionellen Handwerkerausbildung und der entsprechenden Qualifikationsprüfungen ein. Es darf keine europäischen Bestrebungen geben, den Meisterbrief abzuschaffen.

Die AfD unterstützt geeignete Maßnahmen, die zur Aufdeckung und der strafrechtlichen Verfolgung von Wirtschaftskriminalität auf EU-Ebene ergriffen werden. Als ersten Schritt schlägt die AfD die Unterzeichnung der Anti-Korruptions-Charta der UN durch alle EU-Mitgliedsländer und deren Umsetzung in nationales Recht vor.

Die Wettbewerbspolitik, einschließlich der Fusionskontrolle und Beihilfenkontrolle, gehört zu den erfolgreichsten Tätigkeitsfeldern der EU. Jedoch sollten die Wettbewerbsverfahren und -entscheidungen der politischen Opportunität der EU-Kommission entzogen und auf eine unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde übertragen werden.

IV.2 Kein Freihandelsabkommen zu Lasten Europas

Freier Handel ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Der Europäische Binnenmarkt ist ein überzeugendes Beispiel dafür. Das gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zielt jedoch auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards und der Kulturpolitik.

Zudem darf das Abkommen eine weitere Ausgestaltung dieser Bereiche durch die demokratisch legitimierten Gesetzgeber in den Mitgliedsstaaten und in der EU nicht ausschließen.

Da die Verhandlungen intransparent und hinter verschlossenen Türen geführt werden, muss befürchtet werden, dass der Schutz der europäischen Qualitäts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht gewährleistet ist. Die Geheimhaltung widerspricht zudem unserem Verständnis einer mündigen Demokratie.

Unter diesen Umständen lehnt die AfD eine Beschlussfassung über das Freihandelsabkommen mit den USA ab.

IV.3 Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen vor Ort stattfinden

Die AfD sieht den Europäischen Binnenmarkt mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit als eine große Errungenschaft der europäischen Integration an. Aufgrund historischer, kultureller und vor allem ökonomischer Unterschiede zählen die Arbeits- und Sozialpolitik zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedsstaaten. Die AfD sieht diese beiden Grundsätze als unverrückbare Basis einer zukünftigen Fortentwicklung der EU. Diese dürfen einer der Eurorettungspolitik geschuldeten „Harmonisierung“ nicht geopfert werden.

Ausländische Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten genauso zu entlohnen und unterliegen gleichen gesetzlichen Regelungen wie inländische Arbeitnehmer. Dadurch kann eine stärker qualifikationsbezogene Auswahl und Einstellung von Arbeitskräften durch die Wirtschaft gewährleistet werden.

Der Mensch steht für die AfD im Mittelpunkt der Politik. Eine prosperierende Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die AfD ist deshalb der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben muss. Diese Absicherung muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten.

Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben. Zudem sind diese Arbeitsplätze gerade durch den Mindestlohn gefährdet. Der überhöhte gesetzliche Mindestlohn in Frankreich wird von vielen Ökonomen als Hauptursache für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in diesem Land angesehen.

In der sozialen Marktwirtschaft sollte der Staat die soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen. Dies hat seit 1949 gut funktioniert. Der Staat sollte sich jetzt nicht darum drücken.

Die AfD steht zu der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie. Diese wird durch gesetzlich festgelegte Mindestlöhne in Frage gestellt. Stattdessen ist durch die Tarifverhandlungen sicherzustellen, dass Arbeitgeber sich nicht durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Arbeitnehmer verschaffen können.

Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zulasten ausländischer und deutscher Arbeitnehmer ist zu unterbinden. Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvollere Kontrollen zu ihrer Einhaltung.

Die Europäische Kommission hat eine Initiative zur „Ertüchtigung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“ gestartet, in deren Rahmen zentral für eine europäische Arbeitslosenversicherung geworben wird. Diese inakzeptablen Vorschläge sind ein Indiz für das Versagen der Euro-Währungsunion, die in verschiedenen Ländern große soziale Probleme und Verwerfungen hervorgerufen hat. Ein EU-weites Umverteilungssystem soll diese Mängel zulasten der wettbewerbs- und reformfähigen Mitgliedsstaaten beheben.

Konkret hätte eine europäische Arbeitslosenversicherung zur Konsequenz, dass französische oder italienische Arbeitslose auch aus deutschen Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden würden. Die AfD lehnt eine europäische Sozialunion und eine europäische Arbeitslosenversicherung deshalb mit Nachdruck ab.

In verschiedenen europäischen Krisenländern ist die Jugendarbeitslosigkeit mit weit über 50 Prozent ein besonderes soziales und ökonomisches Problem. Die Zukunftsfähigkeit ganz Europas wird durch eine „verlorene Generation“ und durch die Auswanderung der Jugend langfristig gefährdet.

Vorrangig ist die Lösung dieses Problems eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen oft in unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte liegen. Die von der AfD

angestrebte Neuordnung des Währungssystems wäre mit einer Abwertung der Währungen der südlichen Länder Europas verbunden und könnte einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und damit zu neuem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen besonders für Jugendliche führen.

Darüber hinaus sind Beschäftigungsverhältnisse in den Krisenländern über Gebühr zulasten der jungen Generation bestandsgeschützt. Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt. Ohne entsprechende Reformen in diesen Ländern bleiben auch europäische Hilfen ohne Wert.

IV.4 Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik

Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Unsere demographische Entwicklung erfordert eine qualifizierte Zuwanderung, durch welche die Versorgung einer alternden Bevölkerung ebenso sichergestellt werden kann wie der Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften.

Die Einkommen, die Sozialleistungen und die Lebensstandards unterscheiden sich innerhalb der EU stark. Das Wohlstandsgefälle zu Deutschland ist teilweise erheblich. Der verfrühte Beitritt Rumaniens und Bulgariens, in denen heute pro Einwohner nur knapp halb so viel Bruttoinlandsprodukt erzielt wird wie im Rest der EU, führt zu verstärkter Migration auf Basis der EU- Freizügigkeitsrichtlinie. Das deutsche Sozialstaatsprinzip steht daher in einem Spannungsfeld mit dem Recht der Migranten auf freie Wohnsitzwahl als Arbeitnehmer, dem Prinzip der Nichtdiskriminierung sowie der sozialen Inklusion für alle Bürger. Langfristig drohen eine Überforderung der Sozialbudgets und die Erosion des Sozialstaates.

Die AfD fordert:

- Leistungslose Einkommen dürfen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen.
- Die Niederlassungsfreiheit darf nicht durch Scheinselbstständigkeiten dazu missbraucht werden, Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen.
- Ausländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, sind konsequent abzuschicken. Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.
- Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld), Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren.

- Kindergeld und Sozialleistungen sind nur für die in Deutschland lebenden Kinder der Einwanderer zu bezahlen.
- Die Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften sollte sich ausschließlich nach dem hiesigen Bedarf richten.
- Eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten muss durch Kontrolle der EU-Außengrenzen verhindert werden. Die Unterstützung der Mittelmeer-Anrainer Afrikas bei der Bekämpfung der Schlepper-Kriminalität muss ausgeweitet werden, was sich nicht nur auf Schulung und Training der Behörden vor Ort beschränken darf.
- Die AfD setzt sich für ein Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild ein, das die Interessen Deutschlands und die Chancen der Zuwanderer auf erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Zur Asylpolitik fordert die AfD:

- Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern. Dies sollte nach Möglichkeit heimatnah geschehen, da so mit den verfügbaren Mitteln mehr erreicht werden kann und die betroffenen Menschen weniger stark entwurzelt werden.
- Die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen sind unter den Ländern der EU fair zu verteilen. Den peripheren Staaten der EU darf nicht die Hauptlast der Asylpolitik zukommen.
- Innerhalb der EU sind gemeinsame Mindeststandards für die Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber anzustreben.
- Die Entscheidungsdauer über einen Asylantrag ist unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze zu verkürzen.
- Auch Asylbewerbern ist das Recht auf Arbeit zu gewähren, da es der Ghettoisierung vorbeugt, Kosten vermeidet und im Falle eines positiven Entscheides eine schnellere Integration befördert.
- Gleichzeitig muss eine verstärkte Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden hier und in den Herkunftsländern vorangetrieben werden. Kriminalität, die im Zusammenhang mit Asylgesuchen steht (Schlepperbanden, Asylbetrug), schadet dem Ansehen der Hilfsbedürftigen.
- Die Unterstützung von Herkunfts- und Drittstaaten über außen- und entwicklungspolitische Maßnahmen ist eine wichtige Voraussetzung, um diese in den Kreis der sicheren Staaten zu integrieren.

IV.5 Bildungspolitik für eine europäische Generation

Für die AfD ist Bildung eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen und individuellen Ressourcen. Bildungspolitik - Politik für Schulen, Berufsausbildung und Hochschulpolitik - muss in nationaler Kompetenz verbleiben und auf lokale Traditionen und Bedürfnisse ausgelegt sein. Die Bildungsforschung darf sich nicht nur an europäischen Vorgaben ausrichten.

Dagegen sieht die AfD die Förderung der Mobilität der jungen Generation und die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen als gemeinsame Aufgabe in der EU. Der internationale Austausch dient der beruflichen und kulturellen Erfahrung. Neben den im Ausland erworbenen Qualifikationen dient er dem Verständnis und der Freundschaft der europäischen Völker und ist damit auch künftig eine wesentliche Quelle des innereuropäischen Friedens.

Die Neustrukturierung der Studiengänge im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses hat vor allem in der Lehre die traditionellen Stärken der deutschen Universität durch überbordende Bürokratie schwer beschädigt. Entgegen dem ursprünglichen Plan hat der Bologna-Prozess zu einer Verschlechterung der Vergleichbarkeit von Abschlüssen, zu geringerer Mobilität und einer zu weitgehenden Verschulung des Studiums geführt.

Die AfD fordert:

- Den Universitäten muss die Möglichkeit gegeben werden, neben den neu eingeführten Bachelor- und Master-Studiengängen auch zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen zurückzukehren.
- Von einer undifferenzierten, politisch verordneten Erhöhung der Akademikerquote in der EU ist abzusehen. Deren Folgen, z.B. die noch größere Massenuniversität, lehnt die AfD ab. Sie setzt sich dagegen für ein angemessenes Niveau und die Verstärkung des universitären Lehrpersonals ein.
- Das ERASMUS-Programm für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport soll weiter ausgebaut werden. Die AfD unterstützt Anstrengungen, den europäischen Austausch im Rahmen von Jugendverbänden und -gruppen finanziell und organisatorisch zu fördern.
- Innerhalb der EU muss die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern gefördert werden, um deren persönliche und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten zu maximieren. Auch junge Menschen ohne gymnasiale Bildung sind hierbei einzuschließen.
- Das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist weiter auszubauen. Das duale Ausbildungssystem, die Kombination schulischer und betrieblicher Bildung, ist ein deutsches Erfolgsmodell, das verantwortlich für die relative geringe Jugendarbeitslosigkeit ist. Dieses in Deutschland zu erhalten und mitzuhelfen, es in anderen Ländern Europas einzuführen, ist das Ziel der AfD.
- Die Anrechenbarkeit vergleichbarer Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse soll verbessert werden.

IV. 6 Forschung und Entwicklung finden in den Mitgliedsstaaten statt

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von heute sind die Grundlage für unseren Wohlstand für Morgen. Die AfD setzt sich für eine effiziente Förderung der staatlichen Grundlagenforschung bei Universitäten und außeruniversitären Forschungsorganisationen (Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Fraunhofer-Gesellschaft) ein. Insbesondere wird sie sich dafür engagieren, dass von Staat und Wirtschaft schnellstmöglich mindestens das Äquivalent von 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

Naturwissenschaften, Geistes- und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sind gleichberechtigt zu fördern.

Die AfD spricht der EU eine besondere forschungspolitische Kompetenz ab. Nur für sehr aufwändige Forschungsprojekte (z.B. „Großforschungsanlagen“) kann eine länderübergreifende Zusammenarbeit nötig sein. Doch auch diese kann dezentral und sogar über EU-Grenzen hinweg organisiert werden (z.B. „CERN“). Angesichts der teilweise enormen Verschleuderung öffentlicher Gelder in der EU-Forschungsförderung sollten sämtliche EU-weiten Forschungsprojekte daraufhin überprüft werden, ob sie nicht in Alleinverantwortung oder durch Kooperation einiger Mitgliedsstaaten effizienter organisiert werden können.

Nach Auffassung der AfD ist weder eine europaweite Forschungspolitik noch eine besondere EU-Verwaltung noch ein dafür zuständiger EU-Kommissar nötig.

IV. 7 Keine Gleichstellungspolitik nach EU-Vorgaben

Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen an.

Die AfD lehnt ein "Gender Mainstreaming", das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen.

Die AfD fordert:

- Die Offenlegung aller bislang zur Durchsetzung von angeblichen Gleichstellungsvorhaben geflossenen Gelder der EU.
- In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. Chancengleichheit für Frau und Mann auf allen gesellschaftlichen Feldern zu unterstützen und einzufordern muss das übergeordnete Ziel der Politik sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen.
- Behinderte Mitbürger und ihre pflegenden Angehörigen sollen bei gleicher Qualifikation beruflich bevorzugt werden, denn ihnen stehen in besonderem Maße der Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft zu.

IV.8 Dezentrale Gesundheitspolitik

Angesichts der demographischen Entwicklung sieht die AfD die Sicherung der Gesundheitssysteme als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an.

Die Harmonisierungsbestrebungen der EU im Bereich des Gesundheitswesens sind weitgehend abzuweisen, da diese zwangsläufig zu einem Absinken des Gesundheitsniveaus in Deutschland auf ein niedrigeres gemeinsames Niveau führen müssen.

Die AfD fordert:

- Die Harmonisierung muss sich auf die sinnvollen Maßnahmen bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren (z.B. Infektionskrankheiten, Ausbreitung multiresistenter Erreger und europaweite Arzneimittelzulassung) beschränken.
- Das Programm „Gesundheit für Wachstum“ (2014-2020), das mit einem Volumen von 446 Mio. Euro dritte mehrjährige Aktionsprogramm der Europäischen Union, ist abzulehnen.
- Die Effektivität und Attraktivität der Gesundheitsberufe ist eigenverantwortlich in jedem Land durch Maßnahmen wie Bürokratieabbau, Netzworbildungen und die Einführung leistungsgerechter Bezahlung anzuheben, weil bis 2020 etwa eine Million Beschäftigte europaweit im Gesundheitswesen fehlen werden.
- Ein einheitliches EU-Preisreferenzsystem ist einzuführen, um durch erhöhte Transparenz der Preise für Arzneimittel Preissenkungen erwirken zu können. Damit wären in Deutschland niedrigere Gesundheitskosten möglich.

IV.9 Energieversorgung und Umweltschutz

Die europäische Umwelt- und Energiepolitik muss an den Zielen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Alle Entscheidungen sind künftig auf der Grundlage rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschenkens zu treffen.

Energiepolitik:

Energiepolitik ist primär eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. In einigen Bereichen (z.B. Leitungsnetze, Energiespeicher) ist eine europäische Zusammenarbeit jedoch sinnvoll und notwendig.

Bei der Energieerzeugung kann es zu grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen kommen. Die AfD fordert deshalb die europaweite Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerte, orientiert am Stand der Technik und nicht einer bestimmten Ideologie.

Forschung und Entwicklung von innovativen Technologien und neuen Verfahren, die langfristig die fossilen Energieträger ablösen können, sollen gefördert werden. Langfristig soll Deutschland seine Abhängigkeit von importierten Energieträgern reduzieren. Die dauerhafte Subventionierung jeglicher Art der Energieerzeugung lehnt die AfD ab.

Wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO₂-Emissionen sind sehr unsicherheitsbehaftet. Zudem kann ein globales Problem nur durch ein koordiniertes Vorgehen aller großen Wirtschaftsnationen gelöst werden. Deshalb lehnt die AfD nationale und europäische Alleingänge ab.

Um dem Vorsichtsprinzip Rechnung zu tragen, kann aber im Rahmen internationaler Abkommen eine graduelle Reduktion von CO₂-Emissionen vereinbart werden. Diese sollte ausschließlich durch marktwirtschaftliche, technologieneutrale Instrumente wie z. B. CO₂-Zertifikate erfolgen. Da die Auswirkungen menschenverursachter CO₂-Emissionen auch nicht annähernd genau bestimmt

werden können, muss sich ein Zertifikatesystem daran orientieren, was für Haushalte und Unternehmen finanziell tragbar ist.

Das EEG muss komplett abgeschafft werden. Ansprüche von Altanlagen-Besitzern sind rechtskonform abzufinden. Alle Energiemarkt-Eingriffe durch Subventionen wie z. B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorrang einspeisung für bestimmte Stromerzeugungsanlagen, sind sofort einzustellen. Sie führen zu einer noch stärkeren Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im EU-Binnenmarkt und weltweit, denn sie verteuern den Strom in Deutschland auf unverantwortliche Weise und schädigen die bisher hohe Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland.

Neue Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz nach 2020 lehnt die AfD als ein schädliches Wettbewerbshemmnis ab, solange andere hochindustrialisierte Länder nicht gleichartige Maßnahmen ergreifen. Die AfD unterstützt die Erforschung von Technologien, die der Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen dienen, und die Erforschung von Speichertechnologien, die diese wertvollen Energiequellen verlässlich nutzbar machen können.

Umweltpolitik:

Umweltpolitik muss sich zuerst an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren. Allerdings kann eine erfolgreiche europäische Umweltpolitik verhindern, dass abweichende Umweltstandards in anderen europäischen Staaten Anreize für die Verlagerung von Produktion und Unternehmen schaffen könnten. Aufgabe der EU ist deshalb die Festlegung von Standards, die sich am Stand der Technik orientieren und Umweltdumping verhindern.

Sowohl für die Umwelt- als auch für die Energiepolitik gilt: Vor Beschluss jeder europäischen Regelung muss nachgewiesen werden, dass eine gemeinschaftliche Regelung Vorteile gegenüber nationalen Regelungen besitzt.

IV.10 Regionale Landwirtschaft im europäischen Markt

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der bäuerlichen Landwirtschaft die Möglichkeit eröffnet wird, sich ohne Produktionsbeihilfen ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Sie unterstützt Anstrengungen, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu regionalisieren, um so auch traditionellen bäuerlichen Familienbetrieben eine Zukunftsperspektive in der Landwirtschaft zu bieten.

Wo die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte nicht erreicht wird, können – außerhalb des Agrarhaushalts – Einkommen im Umweltschutz und im Erhalt ländlicher Infrastruktur angeboten werden.

Die AfD fordert eine umfassende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU mit dem Ziel, die Subventionen deutlich zu reduzieren. Die Direktzahlungen (sog. „1. Säule“) sollen mit Ausnahme von Krisenfonds und Katastrophenschutzfonds innerhalb von 10 Jahren komplett abgebaut werden.

Die AfD fordert:

- Die EU-Qualitätsstandards im Import und Export dürfen nicht zu verdecktem Protektionismus führen. Wir fordern für den Verbraucher transparente Qualitätsstandards innerhalb der EU, damit die Nachfrage nach werthaltigen Produkten gefördert wird.
- Es wird ein ausgewogenes Verhältnis von landwirtschaftlicher Fläche zum Tierbesatz angestrebt, um die Belastungen der Umwelt aus der Tierproduktion zu verringern. Eine effiziente Tier- und Pflanzenproduktion darf nicht die menschliche Gesundheit gefährden, z.B. durch übermäßigen Antibiotika-Gebrauch oder Rückstände.
- Zur Stabilisierung der Ökosysteme und des Wasserhaushalts wird eine stärkere Vernetzung von landwirtschaftlich genutzten Böden mit naturbelassenen Flächen angestrebt.
- Die AfD lehnt eine generelle oder auch spezifische Zulassung genmanipulierter Landwirtschaftsprodukte (z.B. Genmais) durch die EU ab. Die Entscheidung des Anbaus experimenteller Sorten muss in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben.
- Die AfD will, dass alte Landsorten auch weiterhin ohne Sortenschutz und ohne umfangreiche Zertifizierung gehandelt und angebaut werden dürfen.
- Exportsubventionen der EU sollten verringert und der Außenhandelsschutz schrittweise abgebaut werden. Beides erhöht die wirtschaftlichen Chancen für Entwicklungsländer und mindert unter Umständen den Migrationsdruck.

IV.11 Infrastrukturpolitik der Vernetzung

Während die EU immer stärker in den Alltag der Bürger eingreift, versagt sie oft bei ihren eigentlichen Aufgaben. Dazu gehört insbesondere die öffentliche Infrastruktur, soweit sie grenzüberschreitende Bedeutung hat. So gibt es bis heute nicht einmal einheitliche Steckdosen in allen Mitgliedsländern der EU. Hier könnte die EU eine Harmonisierung nutzbringender vorantreiben als beispielsweise durch die Leistungsbeschränkung von Staubsaugern (Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG) oder die zwangsweise Verwendung teurer Sparglühbirnen, welche später sogar als Sondermüll entsorgt werden müssen.

Grundsätzlich ist es Aufgabe der Mitgliedsstaaten bzw. der Länder und Kommunen, ihre eigenen Infrastrukturen sicherzustellen. Die AfD will, dass das so bleibt. Die Entscheidung, ob Güter der sogenannten Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung) in öffentlicher oder privater Verantwortung anzubieten sind, darf nicht zentral vorgegeben, sondern muss von den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen selbst getroffen werden. Das Gemeinwohl muss bei der Infrastruktur Vorrang vor Privatinteressen haben. Es darf nicht sein, dass das Kostenrisiko beim Staat bleibt und die Gewinne privatisiert werden.

Aus EU-Mitteln geförderte Infrastrukturprojekte sind ausnahmslos durch den Europäischen Rechnungshof begleitend zu überwachen.

In der grenzüberschreitenden Verkehrspolitik muss die EU Brücken schlagen. Mobilität und grenzüberschreitender Verkehr sind wichtige Aufgabenbereiche für die EU. Hier kann sie unter

Beweis stellen, dass sie dem Zusammenwachsen Europas dient und nicht durch Überregulierung das Gegenteil bewirkt.

Im Straßenverkehr sollen sich die Bürger in Europa frei bewegen können. Darum dürfen die inzwischen gefallenen Grenzkontrollen nicht durch neue zwischenstaatliche Barrieren ersetzt werden. Deshalb lehnt die AfD Straßengebühren in Europa ab. Die Kosten für Bau, Betrieb und Erhalt von Straßen und Autobahnen werden in den meisten Ländern bereits über Mineralöl- und Kfz-Steuern mehr als abgedeckt. Der AfD erscheint diese Art der Straßenfinanzierung als ausreichend, einfach und vernünftig.

Die nationalen Eisenbahnnetze in Europa sind vollständig für Anbieter von Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr aus allen Mitgliedsländern zu öffnen. Der diskriminierungsfreie Marktzugang muss sichergestellt werden. Einer umfassenden Harmonisierung von allem und jedem bedarf es dazu nicht. Vielmehr können viele einzelstaatliche Regelungen, etwa zur Zertifizierung von Schienenfahrzeugen, in der EU gegenseitig anerkannt werden.

Der Luftverkehr hat hohe Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die AfD ist deshalb grundsätzlich für einen bedarfsgerechten Ausbau der Flughafeninfrastruktur. Andererseits wird die Lärmbelastung des Luftverkehrs als Ärgernis empfunden. Hier ist stets der faire Interessenausgleich zu suchen. Vernunft und Gemeinwohl müssen aber Vorrang vor Ideologien und Einzelinteressen haben. Dies kann nur durch frühzeitige Mediation, Flexibilität und Kompromissbereitschaft auf allen Seiten gelingen. Starre Vorgaben aus Brüssel sind dabei eher hinderlich, denn die Problem- und Interessenlagen sind regional und vor Ort sehr verschieden.

Stattdessen sollte sich die EU stärker um die grenzüberschreitenden gemeinsamen Aufgaben – also ihren eigentlichen Aufgabenbereich - kümmern. Das wichtigste Vorhaben für die Leistungsfähigkeit des europäischen Luftverkehrs ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums (Single European Sky). Die Ziele sind die Erhöhung der Luftraumkapazität, die Senkung der Kosten des Flugverkehrsmanagements, die Verringerung der Umweltbelastungen und die Erhöhung der Sicherheit.

IV.12 Datenschutz in der globalen Digitalgesellschaft

Die Alternative für Deutschland fordert mit Nachdruck ein umfassendes Recht des Bürgers, über seine personenbezogenen Daten selbst zu bestimmen. Dieses Recht sichert jedem zu, selbst über Preisgabe, Speicherung, Verwendung und Löschung seiner Daten zu verfügen.

Die AfD sieht es darüber hinaus als Aufgabe und vornehmsten Zweck des Staates an, die Freiheitsrechte und Souveränität der Bürger zu schützen und deren Ausübung zu gewährleisten. Die AfD fordert daher, dass Deutschland und die EU bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Gesellschaft stets die Lösungen suchen und realisieren, die die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung möglichst nicht tangieren oder aber bestmöglich schützen.

Die AfD fordert:

- Die anlasslosen, unkontrollierbaren oder das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzenden Überwachungsmaßnahmen sind einzustellen. Dazu gehört auch die von der EU geforderte Vorratsdatenspeicherung. Die Effektivität staatlicher Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung oder Bekämpfung schwerer Straftaten muss transparent und quantitativ öffentlich bewiesen werden.
- Nationale Ressourcen, die die Länder Europas so weit wie möglich gegen Datenspionage jeder Art und digitale Aggression schützen, sind aufzubauen.
- Der massenhafte Transfer von Daten europäischer Bürger an die Sicherheitsbehörden der USA und anderer nichteuropäischer Staaten ist zu beenden. Das gilt insbesondere für den Transfer von Daten von Auslandsüberweisungen aufgrund des SWIFT-Abkommens sowie für die Übermittlung von Fluggast-Daten.
- Die Speicherung und Übertragung digitaler Daten von Bürgern und Unternehmen ist wirksam durch hochwertige Verschlüsselungstechniken zu schützen.
- Auf alle Bestrebungen, den Bargeldverkehr abzuschaffen und durch ausschließlich elektronische Bezahlsysteme zu ersetzen, ist zu verzichten. Letzteres würde die Abhängigkeit der Bürger von den Banken und evtl. konfiskatorischen Staatseingriffen wie zur Finanzierung von Staatsschulden oder weiteren "Euro-Rettungsmaßnahmen" erhöhen.
- Kommerziell gespeicherte personenbezogene Daten sind spätestens sechs Monate nach Abschluss der letzten Geschäftsbeziehung zu löschen. Die Datensätze sind auf ein eventuell gesetzlich vorgeschriebenes Mindestmaß zu reduzieren.
- Verschärfte Haftungsregelungen sind für Firmen zu erlassen, falls dort ein fahrlässiger Verlust oder eine vorsätzliche Offenbarung personenbezogener Kundendaten an Dritte eingetreten ist. Hier sollen die bestehenden Konsequenzen über Schadensersatzansprüche hinaus auch bis zur Freiheitsstrafe erweitert werden.
- Beim Abschluss von Verträgen zwischen Firmen und Privatpersonen über das Internet muss die potentielle Missachtung des Datenschutzes klarer erkennbar sein. Dies soll durch die Einführung eines einfachen und anhand einheitlicher Kriterien bewertbarem Ampelfarbensystems in den Datenschutzrichtlinien möglich gemacht werden.
- Alle öffentlichen Behörden und Einrichtungen haben einen Plan zur Umstellung auf freie, quelloffene Software vorzulegen.

V. Mut zu Deutschland!

Mut zur Wahrheit in Europa: Nie waren im Süden Europas die sozialen Verwerfungen schlimmer, nie war im Euroraum die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, höher, nie war die Staatsverschuldung alarmierender und nie hatten die Staatsregierungen weniger Hemmungen, Verträge zu brechen und Stabilitätskriterien zu missachten, als heute. Die Altparteien haben die Zukunft Europas für die Euro- und Bankenrettung geopfert. Dazu muss es eine Alternative geben!

Bisher haben die Regierungen der Eurogruppe die Wahrheit durch EU-Kommissare, bürokratische Regelwerke und verschleiernde Abkürzungen vernebelt. Ob ESM, ESFM, EFSF, OMT oder Eurobonds, am Ende wird es unser Geld kosten. Die AfD will diesen Nebel lichten! Die Bürger der Eurozone haben ein Recht darauf zu erfahren, welche sachfremden Interessen bei den Maßnahmen der Banken- und Eurorettung in den verschiedenen Krisenstaaten eine Rolle gespielt haben. Deshalb wird die AfD im Europäischen Parlament nach Art. 226 AEUV² und nach Art. 185 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einbringen. Die Akteure in der Brüsseler Kommission und der EZB, die für die Eurorettungspolitik verantwortlichen Politiker der Länder, wie auch die Vertreter der beratenden Banken sollen sich öffentlich für ihre oft im Geheimen getroffenen Maßnahmen rechtfertigen müssen.

Dieser Untersuchungsausschuss soll Transparenz über die Verflechtungen von Investmentbanken mit den Spitzen der EU-Organen herstellen. Er soll dies ebenso für nationale Regierungen, die von den Maßnahmen der Eurorettung profitiert haben, tun. Er soll schließlich die zahllosen Beraterverträge untersuchen, die von den Regierungen der Krisenstaaten, von der Troika oder von der EZB abgeschlossen wurden.

Deutschland hat gemeinsam mit Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten 1957 mit den Römischen Verträgen die Grundlagen für die heutige EU gelegt. Seither war Deutschland loyal der europäischen Idee verpflichtet. Das wird sich mit der AfD nicht ändern. Aber mit jedem neuen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wurden für Deutschland die Pflichten zahlreicher und die Kosten höher. Im Gegensatz zur von in- und ausländischen Politikern geschürten Wahrnehmung wurde der tatsächliche Einfluss Deutschlands auf die Geschicke Europas immer geringer. Die AfD will Deutschlands Rolle in der EU wieder stärken. Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden. Sonst werde die EU-Kommission, der ESM und die EZB, in der die Nehmerländer die Mehrheit haben, immer häufiger Beschlüsse zu Lasten Deutschlands und anderer potenzieller Geberländer treffen.

Niemand kennt die Kosten der Euro-Rettung, doch sie werden bezahlt werden müssen! Schlimmer noch, der im Gefolge von Eurorettungsmaßnahmen um sich greifende Zentralismus, die damit unausweichlich gewordene Gleichmacherei („Harmonisierung“) und die Sozialisierung europäischer Staats- und Bankschulden gehen zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit aller Länder in der Eurozone. Diese aber stehen im globalen Wettbewerb. Langfristig werden sich die Länder der EU, die sich dem Euro nicht angeschlossen haben - und viele andere Wettbewerber - auf dem Weltmarkt besser entwickeln können und die Eurozone hinter sich lassen. Die der Eurorettungspolitik geschuldete Angleichung der Produktivität der Länder innerhalb der Eurozone mag den Euro auf längere Zeit unter hohen sozialen und finanziellen Kosten retten, führt aber gleichzeitig zu einer Beschädigung aller Länder in der Eurozone im Vergleich zu ihren globalen Wettbewerbern. Statt eurozentrische Nabelschau zu betreiben, behält die AfD die fortschreitende Globalisierung im Blick. Allein die Beispiele Schweden, Dänemark, Tschechien und die Schweiz zeigen, dass ein zentralistischer, gleichgeschalteter und unbeweglicher Koloss mit einer Einheitswährung sich niemals im weltweiten

² Artikel 226 AEUV: „Das Europäische Parlament kann bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Einsetzung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses beschließen, der unbeschadet der Befugnisse, die anderen Organen oder Einrichtungen durch die Verträge übertragen sind, behauptete Verstöße gegen das Unionsrecht oder Missstände bei der Anwendung desselben prüft; dies gilt nicht, wenn ein Gericht mit den behaupteten Sachverhalten befasst ist, solange das Gerichtsverfahren nicht abgeschlossen ist.

Mit der Vorlage seines Berichtes hört der nichtständige Untersuchungsausschuss auf zu bestehen.

Die Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts werden vom Europäischen Parlament festgelegt, das aus eigener Initiative gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren durch Verordnungen nach Zustimmung des Rates und der Kommission beschließt

Wettbewerb um die besten Ideen so behaupten wird, wie dezentral organisierte, auf Eigenverantwortung beruhende und untereinander im Wettbewerb stehende Nationen.

Noch nie haben nach dem Zweiten Weltkrieg so viele Politiker so viele Versprechen gebrochen und Gesetze missachtet wie es seit Mai 2010 zur Erhaltung der Einheitswährung der Fall ist. Für den Götzen des Euro haben die Altparteien die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und den Wohlstand in den Ländern der Eurozone auf dem Altar einer Einheitswährung aufs Spiel gesetzt. Um diesen verhängnisvollen Weg ohne viele Widerstände beschreiten zu können, haben sie, die Bundeskanzlerin vorneweg, das Diktum der „Alternativlosigkeit“ zur Staatsraison erklärt. Spätestens die jüngste Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts, welches die von der Bundesregierung unterstützten Rechtsbrüche der Europäischen Zentralbank offenlegte, hätte genügen müssen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Die Rettung des Euro „koste es (die Deutschen, die Holländer, die Österreicher und die Finnen) was es wolle“, muss beendet werden. Dazu ist die Auflösung bzw. Umgestaltung der Eurozone zwingend nötig.

Die Institutionen, die zur „Rettung“ des Euro, zur Verschleppung der Staatsschuldenkrise und zur Vergemeinschaftung der enormen Bankschulden auf europäischer Ebene geschaffen wurden und werden, sind besorgniserregend. ESM, EFSF, Bankenunion und die Abteilung monetäre Staatsfinanzierung der EZB verfügen über enorme - bei der EZB sogar praktisch unbegrenzte - finanzielle Mittel. Gleichwohl unterliegen sie keiner nennenswerten parlamentarischen Kontrolle. Sie sind die großen Säulen zum Bau einer Europäischen Wirtschaftsregierung, zur Errichtung eines zentralistischen, bürokratischen und technokratischen europäischen Überstaats, der bürgerfern und undemokratisch ist. In beängstigendem Tempo ist dieser Überstaat in den letzten vier Jahren gewachsen. Wenn wir ihm jetzt nicht entgetreten, werden wir ihn nicht mehr stoppen können!

Gemeinsam mit Gleichgesinnten wird die AfD im Europäischen Parlament gegen diesen Überstaat und gegen die Euro-Schuldenpolitik kämpfen. Die AfD wird ihre parlamentarischen Frage- und Informationsrechte nutzen, um die deutschen Bürger rechtzeitig und angemessen vor den neuesten Entwicklungen zu warnen. Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgegorenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa. Die AfD wird der Leisetreteri und Bagatellisierungstaktik der Altparteien keine Chance lassen. Die AfD wird Europa zum Guten verändern, weil sie die Altparteien verändern wird.

Mit dem Wahlerfolg der AfD wird in Deutschland die Politik der schleichenden EU-Erweiterung und -Vertiefung am Ende sein, weil die Position der Altparteien unhaltbar werden wird. Wenn aber Union und SPD aus Angst vor dem Wählerwillen den Wählerwillen zu erfüllen beginnen, dann kann Europa das werden, was es schon längst sein müsste: Ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit bietet.